



Die Frage kann nur so stehen: bürgerliche oder sozialistische Ideologie. Ein Mittelding gibt es nicht (denn eine 3. Ideologie hat die Menschheit nicht geschaffen, wie es überhaupt in einer Gesellschaft, die von Klassengegensätzen zerfleischt wird, niemals eine außerhalb der Klassen stehende Ideologie geben kann). Darum bedeutet jede Herabminderung der sozialistischen Ideologie, jedes Abschwanken von ihr zugleich Stärkung der bürgerlichen Ideologie. (Wladimir Iljitsch Lenin)



Nr. 59 23. April 1970 10 Pf

Streik der Studienräte

In Gelsenkirchen, Dortmund und anderen Städten des Ruhrgebiets streiken die Studienräte. Sie fühlen sich unterbezahlt, weil die Gehälter der Volksschullehrer den ihren angenähert wurden. Für den reaktionären Philologenverband war dies so alarmierend, daß er zu einem Mittel griff, welches er sonst verachtet, nämlich Streik. ÖTV-Klunker ließ unter Druck ein Gutachten abfassen, demzufolge auch Beamte das formale Recht anderer Lohnabhängiger auf Streik haben sollen.

So reaktionär das Motiv für den Studienräte-Streik sein mag, so sehr sollte man sich hüten, diesen Streik als reinen „Standesdünkel-Streik“ abzutun. Denn mögen auch viele Studienräte es für ein Standesprivileg halten, mehr Gehalt als „normale“ Volksschullehrer beziehen zu dürfen, so bedeutet doch ein Streik und das Streikrecht der Beamten eine Aufhebung feudaler Ausbeutungsstrukturen für alle Beamtenberufe — und eine Vereinfachung der Möglichkeiten, daß auch die Beamten für ihre objektiven Interessen ökonomische und politische Kämpfe führen werden.

Montag, 27. April 1970,
10 Uhr, IB 6/78
Go-in bei Papalekas

Wer die Massen verachtet, den verachten die Massen!

Uni Vollversammlung spricht AStA Vertrauen aus

Mit fast 2/3 Mehrheit sprach die Uni-Vollversammlung dem sozialistischen AStA Starostik am 21. 4. das Vertrauen aus. D.K.P./Spartakus hat damit vorerst ausgedrückt. Ein riesiges Reservoir von politischen Intrigen, Verleumdungen, Verdrehungen und Halbwahrheiten war ausgeschöpft, man hatte den Studenten auf der Vollversammlung nichts Neues mehr zu bieten. Die Mehrzahl der Studenten erteilte den Spartakisten eine entschiedene Abfuhr.

Für — uns kam dieses Ergebnis nicht überraschend, denn D.K.P./Spartakus — bar jeder wissenschaftlich-sozialistischen Analyse — war nicht willens, seine Politik den Studenten vor einer Entscheidung über seinen Antrag auf Rücktritt des AStA auseinanderzusetzen, d. h. den Revisionisten konnte es nicht schnell genug gehen, den sozialistischen AStA zu liquidieren, gemäß der Parole des D.K.P.-Sympathisanten Alois Kircher: „Mag ja sein, daß wir keine Begründungen haben, aber irgendwas müssen wir ja tun.“

Dieser Theorielosigkeit entspricht das Programm des Spartakus, das in seiner sozialdemokrati-

schen Handwerkskerei ein D.K.P.-Produkt ist. Gefordert werden die üblichen, auch von den anderen Studentengruppen getragenen Forderungen wie „Abschaffung des Numerus clausus, des Bildungsprivilegs und des materiellen Bildungsnotstandes“, um zu demonstrieren, wie „demokratisch“ sie sind. Diese sog. „Kommunisten“ können nur immer manisch wiederholen: „Wir sind auch...“

Um allen Mißverständnissen abzuwehren: auch die sozialistischen Studenten des SDS/ML sind für die „sofortige Ausweitung sämtlicher Studienkapazitäten einschließlich unabdingbarer sozialer Einrichtungen“ (wer wäre nicht dafür?), aber die Spartakisten wollen nicht wahrhaben, daß dies kein wertfreier Akt im gesellschaftlich luftleeren Raum ist, sondern die Lösung dieser Widersprüche nur möglich ist in einer sozialistischen Gesellschaft, in der die Arbeiterklasse ihre Diktatur errichtet hat. (All ihr Gerede wie Michael Kohnens „natürlich auch mit der Arbeiterklasse verbunden, wenn ihr (-SDS/ML, AStA) so wollt“ ist nur schmückend Beiwerk.)

Die Reformvorstellungen des

D.K.P./Spartakus stoßen nur ins technokratische Horn, ohne an den gesellschaftlichen Machtverhältnissen zu rütteln. Daher auch läßt sich bequem mit BSU und RCDS koalieren.

Den Kommunisten, die diese Zusammenhänge durchschauen, werfen die Revisionisten des Spartakus vor, „sich in der Praxis vor den harten Auseinandersetzungen um Wissenschaft und Intelligenz zu drücken“.

Es ist zwar einmal im Spartakus-Programm vom „politischen Ziel“ die Rede, in das alle Organisationsmodelle „eingeordnet“ sein müßten, aber wie das Ziel aussieht, wird nirgends gesagt. Dafür aber heißt es: „Es wäre liquidatorisch, Positionen, von denen aus weitere Initiativen möglich sind, kampflos zu räumen. Das gilt unabhängig von der Art der Mitarbeit.“

Wie wehrte sich doch D.K.P.-Fahrle gegen eine grundsätzliche Diskussion der politischen Möglichkeiten des AStA in der gegenwärtigen Lage: „Es ist eigentlich nicht sehr erfreulich, wenn wir uns hier gegenseitig an den Kopf werfen, wer ein Kommunist ist und wer nicht.“

SDS / ML macht das SP beschlußunfähig

Am Mittwoch erschien ein BSU-Flugblatt mit dem Titel: „SDS/ML bekämpft eigene Studentenvertretung!!“. Dieses Flugblatt kennzeichnet die Hysterie und die Trugschlüsse der BSU-Reaktionäre treffend. Obwohl der SDS/ML noch gar nicht gegründet ist, bisher nur ein Initiativausschuß existiert, erheben sie ein lautes Geschrei schon beim Hören der Worte „Marxisten-Leninisten“. Außerdem: Wer hat den BSU-Reaktionären ins Ohr geblüht, daß wir die eigene Studentenvertretung bekämpfen? Eigentlich müßten diese Herren doch wissen, denn sie handeln ja danach, daß das SP eine Vertretung der politischen Gruppen der Studenten ist, und daß diese Gruppen so handeln, wie sie es politisch für notwendig halten. Reaktionäre werden naturgemäß anders handeln als Kommunisten in einem bürgerlichen Parlament. Kommunisten werden ein solches Parlament nie a priori anerkennen, sondern immer nach seinem Klassencharakter fragen, auch bei einem SP. Sie wer-

den immer danach fragen, ob es als Tribüne im Klassenkampf zu gebrauchen ist oder nicht. Sie sind keine Reformisten, die von vornherein den Bourgeois ihrer Mitarbeit versichern, sondern sie werden immer danach fragen, ob ihr Kampf in solchen Institutionen den Massen Nutzen bringt oder nicht. Natürlich werden sie dabei ihren Gegnern deren eigene Melodie vorsingen, indem sie deren Taktik auch anzuwenden verstehen. Tun sie das, erhebt sich natürlich sofort das Geschrei aller Reaktionäre über die üblichen „Roten“, weil sie keine Gleichheit dulden können. Die BSU-Reaktionäre verschweigen nämlich, daß sie immer bereit sind, gegen die Massen mit allen Mitteln zu arbeiten, auch wenn es bürgerlich parlamentarische sind. Und genau das haben sie gestern getan.

Nachdem die Vollversammlung am Nachmittag dem BSU-Antrag eine schlagende Niederlage erteilt hätte, versuchten die BSU-Reaktionäre im SP, dem Votum der Studenten zum Trotz, ihre Interessen

mit allen möglichen Tagesordnungs-Tricks doch noch durchzusetzen, und die Mehrheit hätten sie bekommen: nämlich die Mehrheit der Reaktionäre aller Schattierungen.

Die BSU hat recht, wenn sie sagt, daß wir das erkannt haben. Genau aus dem Grunde haben wir gestern Abend dagegen gekämpft: daß wir es mit „parlamentarischen“ Mitteln getan haben, das konnte die BSU nicht verdauen. Glaubt sie doch, sie hätte das Monopol darüber. Als einige von uns auszogen, um u. a. die weitere Verteilung von Postchen zu verhindern (so z. B. sollte ein Herr von Spartakus 500,— DM für seine UP-Tätigkeit bekommen), und als dann einer von uns die Beschlußfähigkeit — ganz parlamentarisch — anzweifelte, da wußten die BSU-Reaktionäre wieder einmal, daß sie es mit einem marxistisch-leninistischen Gegner zu tun hatten. Und wir sind bereit, ihnen dieses Wissen weiterhin täglich zu vermitteln.

Mit der Erklärung: „Aufgrund der fortgesetzt borniert reaktionären Haltung der Professoren stellt die studentische Fraktion in der Abteilungsversammlung ihre Mitarbeit ein“, endete — wie schon vor einiger Zeit bei den Sozialwissenschaftlern — bei den Juristen die mehrmonatige Farce um die Formulierung einer neuen Abteilungsatzung. Nachdem die Professoren wiederholt die Sitzungen herausgezögert hatten, (der Abteilungsversammlung) um möglichst lange in ihren alten Macht-Gremien, der Fakultät weitermauscheln zu können, sollten in der Sitzung am 22. 4. endlich mehrere Punkte abgestimmt werden, um endlich zu einer neuen Abteilungsatzung zu kommen. Diese Punkte waren bereits Kompromißvorschläge der Studen-

ten; zudem waren es gemeinsame Vorschläge aller Assistenten und Studenten. Bereits beim 1. Punkt wurde aber klar, daß die Professoren nicht bereit sind, auch nur einen Fetzen ihrer Stellung aufzugeben: Es ging um den Wahlmodus für die Gremien einer Abteilungsatzung. Die Professoren bestanden auf Gruppenwahl, was einer Versteinerung des Ständemodells gleichkommt; die Studenten und Assistenten schlugen eine Wahl durch die Abteilungsvollversammlung vor, d. h. auch die Studenten können bei der Wahl der Professoren mitentscheiden: um die Wahl tatsächlich nach politischen Krite-

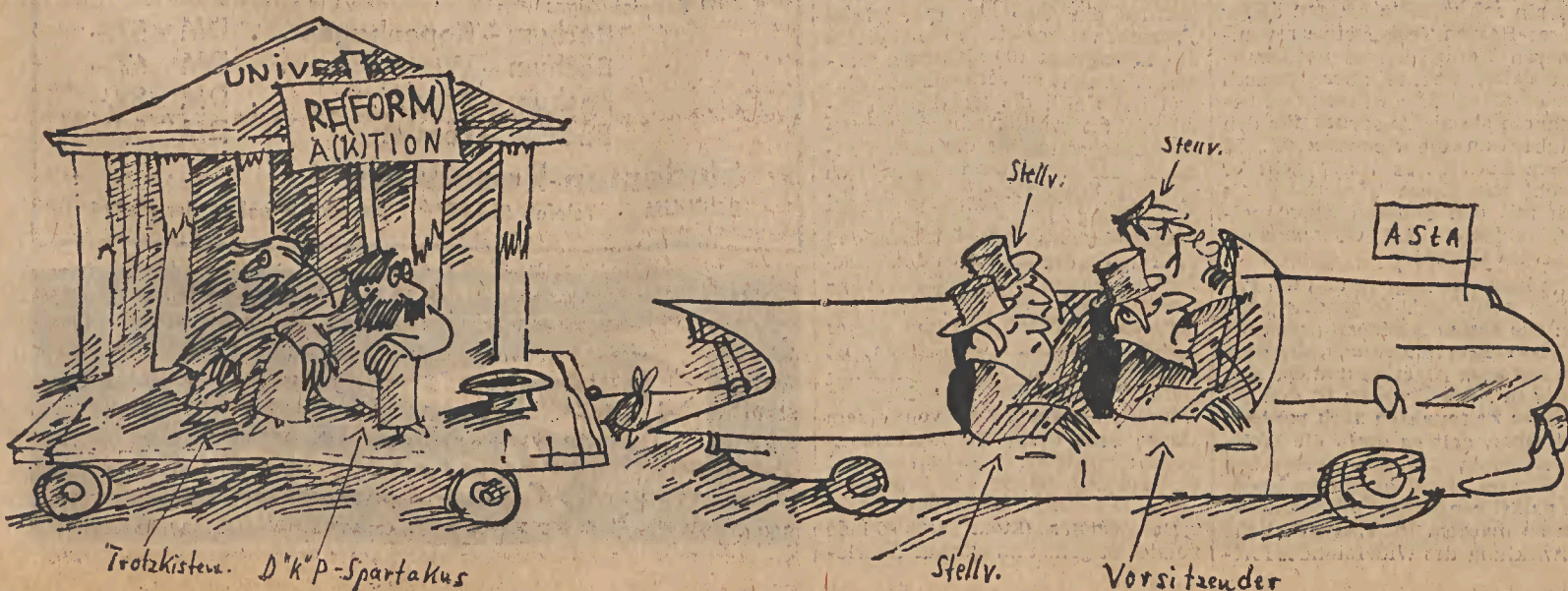
rien vorzunehmen und um die Ausmauschelung der Professoren zu verhindern.

Alle Gruppen sollen sich also einer politischen Debatte vor der Öffentlichkeit der Gesamtabteilung stellen. Alle haben die Möglichkeit, die Kandidaten nach ihrem politischen Konzept zu fragen!

Kurz und gut: Borniert bis zum letzten stimmten die Professoren (ausgenommen der liberal-konservative Diller) für ihr Gruppenwohl! Wieder einmal beweist sich, was wir von der Beteiligung an solchen Gremien zu erwarten haben: Gar nichts!



Abteilungs-Versammlung bei den Juristen geplatzt



Achtung, AUTOFAHRER!

20% Rabatt für Uni-Angehörige auf Reparaturarbeiten
Kfz-Werkstatt HEINZ DRZYMALLA
BOCHUM-LANGENDREER - Umminger Straße 22 - Telefon 28 05 26

Der Treffpunkt für in- und ausländische Studenten im

.PUNKT.

Bochum, Hans-Böckler-Straße 26 · Telefon 1 46 32

Täglich von 12.00 Uhr mittags bis 1.00 Uhr nachts geöffnet / Normale Preise

Studentenschaft -international

USA

Trotz den Notstandsmaßnahmen nach der Vietnamdemonstration vom 15. 4. in Berkeley kam es am 16. 4. auf dem Campus zu neuen heftigen Studentendemonstrationen gegen die Verhaftungen vom Vorabend. Die Polizei setzte u. a. Tränengas ein und nahm erneut über 30 Demonstranten fest. Es gab mehr als 60 Verletzte.

Wie nicht anders zu erwarten, hat der Kanzler der Universität „aus Sicherheitsgründen“ ein generelles Demonstrationsverbot erlassen. Wer dagegen verstößt, wird mit Zwangsexmatrikulation bestraft.

Bei anderen Vietnamdemonstrationen griffen die Behörden ebenfalls zu verschärften Klassenkampfmaßnahmen. In Cambridge (Mass.) gab es bei den Straßenkämpfen mehr als 300 Verletzte, Gebäude wurden beschädigt, Autos in Brand gesteckt. Die Behörden verhängten eine allgemeine Ausgangssperre. Die Polizei verhaftete zahlreiche Demonstranten, ebenso wie bei Demonstrationen in Cleveland (Ohio) und Des Moines (Iowa).

Student erschossen

Bei neuen Zusammenstößen mit der Polizei und Heckenschützen auf dem Universitätsgelände in Santa Barbara (Kalifornien) ist am Samstag, 18. 4. ein Student aus dem Hinterhalt erschossen worden. Laut UPI behauptete ein Polizeisprecher, der Mord habe sich ereignet, nachdem rund 500 Studenten in der Studentensiedlung Isla Vista in der Nähe der Universität Brände gelegt und Fensterscheiben eingeworfen hätten.

Ein weiterer Mord der „schweigenden Mehrheit“. Die Verbrechen der „anständigen Bürger Amerikas“ (Vizepräsident Agnew) werden noch zu nehmen.

Frankreich

Im Rahmen der Gesetze gegen „besondere Formen der Kriminalität“ werden jetzt an allen Universitäten Frankreichs reguläre Polizeikräfte stationiert, die nicht dem Innenministerium, sondern dem Erziehungsminister unterstehen. Allein an der Pariser Sorbonne sollen 300 Mann für Ruhe und Ordnung sorgen — für den Einsatz genügt das Ersuchen eines Dekans.

Südvietnam

Mehrere hundert Studenten besetzten am Montag, 20. April, beide Häuser des südvietnamesischen Parlaments. Nach Angaben der Demonstranten erfolgte der Schritt aus Protest gegen ein Militärgerichtsverfahren, das am selben Tag gegen 21 Studenten darunter den AStA-Sprecher der Universität Saigon, begann, die prokommunistische Tätigkeit beschuldigt werden. (vgl. BSZ Nr. 58) Augenzeugen bemerkten bei den Angeklagten, die auf Bahnen zu dem Prozeß geschleppt wurden, „Spuren von Mißhandlungen“ (UPI).

Brasilien

Ein Militärgericht in Bahia hat am 11. 4. eine belgische Studentin zu 4½ Jahren Gefängnis verurteilt wegen Verstoßes gegen das „nationale Sicherheitsgesetz“. Einzelheiten lassen sich der AFP-Meldung nicht entnehmen, doch ist der Charakter dieses Regimes genügend bekannt. Seit mehreren Monaten wird die Schwester der Verurteilten unter der Beschuldigung „subversiver Tätigkeit“, gemeinsam begangen mit einer Studentengruppe aus Bahia, festgehalten. Für sie wie für die anderen Studenten ist ein Prozeßtermin nicht in Sicht.

Indien

Zu heftigen Studentendemonstrationen und schweren Kämpfen in verschiedenen Universitäten kam es am Freitag, 11. 4., in zahlreichen Städten. In Mittel- und Nordindien

führten die Studenten eine Kampagne für öffentliche Prüfungsverfahren durch, die von den reaktionären Professoren bisher verweigert wurden. Die Studenten lehnten es ab, die bisher üblichen Willkürprüfungen abzulegen.

Im Verlauf der Auseinandersetzungen an der Universität Mainpuri (Neu-Delhi) wurden 2 Professoren getötet und mehrere verletzt.

In Satna (Madhya Pradesh) wurde eine nächtliche Ausgangssperre verhängt. Nach weiteren schweren Zusammenstößen zwischen Studenten und Polizei wurden mehrere Universitäten auf unbestimmte Zeit geschlossen.

Eine Gruppe „maoistischer“ (Le Monde) Studenten hat das Gandhi-Zentrum und die Fortbildungsschule der Universität Zadavpur (südlich von Kalkutta) verwüstet. Die Studenten erklären dazu, daß letzteres Zentrum mit Hilfe des World University Service gebaut worden ist, der ein Arm des CIA sei.

Diese Aktion erfolgte auf einen Aufruf der marxistisch-leninistischen Naxalitenpartei hin, an der sich die revolutionären Studenten immer stärker orientieren.

Laut Le Monde hat diese Partei für die Stadtgebiete eine neue Taktik beschlossen, die als „Mordprogramm“ bezeichnet wird und die „Vernichtung der Klassenfeinde“ in den Städten zum Ziel hat. Auf dem Lande wurden bisher mehr als 30 Großgrundbesitzer getötet. Die Aktivität revolutionärer Bauernmassen hat sich in letzter Zeit in verschiedenen Regionen Indiens erheblich verstärkt. So besetzten am 11. 4. in Kerala über 100 Bauern einen Großgrundbesitz und erschossen den Feudalherrn. Einen Tag vorher hatten etwa 20 Revolutionäre einen ländlichen Großausbeuter im Staat Andra Pradesh erschossen.

Israel

Als der Knesseth den Beschluß faßte, „Neusiedler“ in der besetzten arabischen Stadt Hebrun anzusiedeln, demonstrierten Hunderte von Studenten und Intellektuellen dagegen. Sie brandmarkten den Beschluß als einen neuen eklatanten Beweis für die Politik der „Schaffung neuer Realitäten“.

Als die Regierung die Initiative des Weltjudenratsvorsitzenden Nahum Goldmann zu Verhandlungen mit Nasser boykottierte, demonstrierten zahlreiche Studenten in Tel Aviv gegen die Regierung und verlangten die ehrliche Bereitschaft zu Verhandlungen mit den arabischen Staaten.

Vorige Woche demonstrierten Studenten, Professoren und andere Teile der Bevölkerung gegen den Besuch des Leiters der Nahostabteilung im US-Außenministerium Joseph Sisco. Dieser Protest war gegen den amerikanischen Imperialismus und die imperialistische Rolle des Staates Israel im Mittleren Osten gerichtet. Die Polizei setzte Holzknüppel und Schilde gegen die Demonstranten ein.

Israel hat schon lange eine „Außerparlamentarische Opposition“. Diese Opposition ist praktisch eine Sammlung von Liberalen, Demokraten und Freidenkenden, die gegen die Okkupationspolitik und gegen die militärischen Lösungen der Regierung sind. Einen harten Kern bildet die Matzpen-Organisation, der Marxisten-Leninisten, die sich von der reformistischen KP Israels getrennt haben. Ihre Analyse der israelischen Gesellschaft und der Rolle des Staates Israel innerhalb des konterrevolutionären Lagers stimmt mit der der palästinensischen bewaffneten Widerstandsbewegung überein. Matzpen hat Schriften des marxistisch-leninistischen Flügels der palästinensischen Widerstandsbewegung in Israel verbreitet, ebenso wie die Schriften der Matzpen in den arabischen Ländern von der FPDLF verbreitet werden.

Die arabischen Aktionen im Ausland - und die bürgerliche Presse in der BRD -

In letzter Zeit haben einige Ereignisse die Weltöffentlichkeit beschäftigt und empört. Bevor wir uns mit der Rolle und den Intentionen der bürgerlichen Massenmedien beschäftigen, bedarf es einer grundsätzlichen theoretischen Auseinandersetzung mit den Formen der Aktionen und der dahinter stehenden ideologischen Haltung. Diese Auseinandersetzung ist notwendig, weil ein Teil der palästinensischen Widerstandsbewegung diese Aktionen für sehr wichtig erklärt und mit den kollektiven Aktionen auf eine Stufe gestellt hat.

Es hat sich dadurch die Parole herausgebildet, daß die imperialistischen Interessen überall getroffen werden müßten, weil der Feind nicht nur Israel sei.

Es gibt zwei Formen von Aktionen: 1. Die Kommandounternehmen 2. Die Kollektivaktionen. Hinter beiden Formen steht eine ideologische Haltung.

Kommandounternehmungen sind Aktionen des individuellen Terror; ideologisch begründen sie sich damit, daß nur einzelne Personen in der Lage seien, Veränderungen herbeizuführen.

geschritten; es gilt jetzt, ihn in einen Volkskrieg zu überführen.

Die Ereignisse und die Presse

Am 9. 2. stürzte um 20.03 Uhr eine Verkehrsmaschine der „Unites Arab Airlines“ ab.

Am 10. 2. versuchten Mitglieder der extremistischen Splittergruppe „Action organisation for Liberation of Palästina“ eine Linienmaschine der EL-AL nach Libyen zu entführen. Die Entführung scheiterte jedoch am unerwarteten Widerstand des israelischen Flugkapitäns.

Während eines Handgemenges mit dem Piloten und dem sich anschließenden Schußwechsel mit der bayrischen Grenzpolizei, warfen die Terroristen insgesamt vier Handgranaten.

Eine davon tötete den Israeli Arie Katzenstein, der sich über den Sprengkörper geworfen hatte. Acht Menschen wurden verletzt.

Drei Tage später, am 13. 3., ging das Haus der israelischen Kultusgemeinde in der Münchner Reichensbachstraße gegen 20.50 Uhr in Flammen auf. Dabei kamen sieben Menschen ums Leben. In dem Haus befanden sich die Hauptverwaltung der israelischen Kultusgemeinde,

gungen, ob diese tödlichen „Versehen“ nicht auch praktisch mit Mord gleichzusetzen seien, ob diese „Versehen“ gar kein „Versehen“ waren, sondern es sich um eine gezielte Vergeltungsaktion des Staates Israel auf zivile Ziele handelte. Man hätte von einem kritischen Kommentator diese Überlegungen erwarten können. Die „AZ“ berichtet ausführlich über den Anschlag von Riem, auf der Seite 2 wird über die Demonstration, die in München ausgeführt war, ohne die Handgreiflichkeiten gegen den arabischen Teilnehmer und die deutschen Studenten, als sie Flugblätter verteilten, mit einem Wort zu erwähnen.

Am selben Tag lautete die Schlagzeile der „Bild-Zeitung“ „Bomber Müller: UWE oder ich“. Von den Bomben dagegen, die 68 ägyptische Arbeiter töteten, findet sich in der Münchner Bildausgabe keine Zeile. Diesen Umstand greift die „tz“, ein Münchner Boulevardblatt, in einem ungewöhnlichen Kommentar auf, der auf Seite 1 unter der Überschrift „Vergessen?“ betitelt war.

Am darauffolgenden Tag beschäftigte sich die Presse mit dem

der Studenten statt. Die Studenten erfuhren erst von den Hauswirten oder von der Unordnung, die dabei entstand. Am dem Abend, an dem Abba Eban in München eintraf, fanden in den Schwabinger Lokalen große Razzien statt. Alle, die dunkel waren und schwarze Haare hatten, wurden nach ihren Pässen, Ausweisen, Aufenthaltsgenehmigungen etc. gefragt. Diejenigen, die nur Studentenausweise bei sich hatten, wurden zum Polizeirevier mitgenommen. Es waren nicht nur Araber. Einen Höhepunkt ausländischer Propaganda bot am 17. 2. der „Münchner Stadtanzeiger“, eine der Stadt München mitgetragene Beilage der „Süddeutschen Zeitung“ unter der Überschrift „Hinaus aus München“. Hinaus aus München mit jenen ausländischen „Studenten“, die seit Jahren keinen Hörsaal mehr betreten haben und auch keiner Arbeit nachgehen, es sei denn, man will Schmuggel, Diebstahl und Betrügereien als Berufstätigkeit anerkennen...“ Wie es in Deutschland bekannt ist, werden Brände, Beschmierungen von Synagogen von rassistischen Naziorganisationen ausgeführt. Diesmal ist der Verdacht gleich anders gerichtet, Schlagzeilen und Berichte illustrieren:

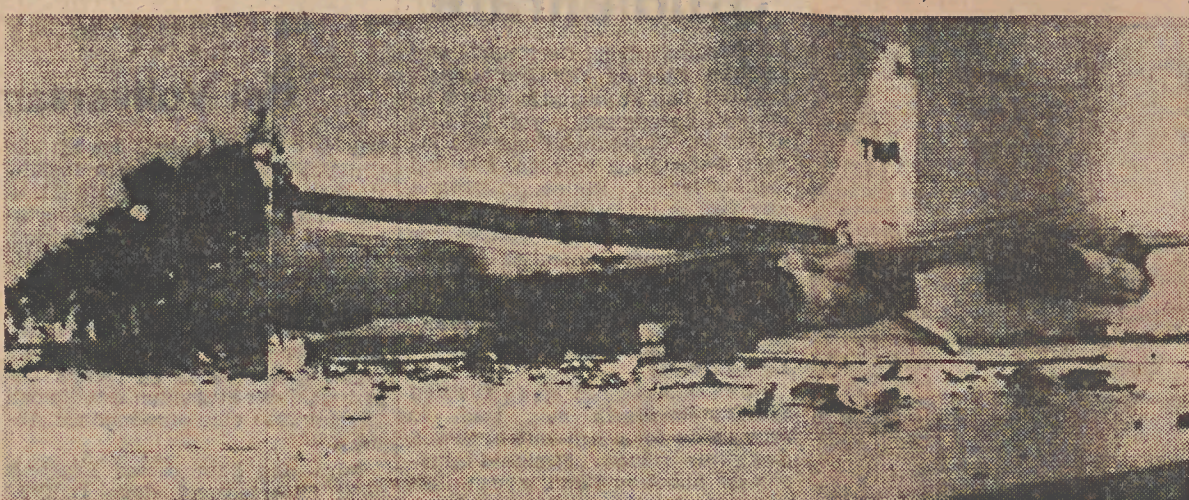
„Haben arabische Terroristen in München zugeschlagen?“ (tz) „Wird München zum Schauplatz blutiger Terrorakte der Araber?“ (Abendzeitung).

Der bayrische Oberrabbiner Hans Grünwald (65): „Am Donnerstag haben wir wegen Bombenanschlags in München-Riem die Demonstration durchgeführt. Dabei hörten wir Drohungen, man werde Rache an uns nehmen.“ (Bildzeitung). Wenn die Zeitungen die Araber mit dem Brand nur verdächtigen, fixiert die Bildzeitung schon die Richtung. Am 16. 2. lieferte die Bildzeitung den absoluten Höhepunkt der Eskalation, die Schlagzeile lautet:

„Jagen Sie, bis sie hinter Schloß und Riegel sitzen.“

Bild appelliert an alle: „Suchen Sie mit! Jagen Sie mit! Helfen Sie mit!“ Noch aggressiver war der Ton in einem Kommentar des Chefredakteurs Peter Boenisch in Bild am Sonntag vom 15. 2.: „Ein Altersheim ist angestekt worden... sieben alte Juden, die den Gasöfen der Nazis entkommen sind, ums Leben gekommen... Gestern kämpfte man radikal für Castro und Che Guevara und heute brutal für El Fatah. Vorgestern brannte ein Zeitungswagen und heute verbrennen Juden in einem Altersheim.“ Die Münchner Ereignisse verhalten der bürgerlichen Presse zu der Möglichkeit, die ohnehin manipulative Berichterstattung über die Palästinafrage und den Nahostkonflikt auf die Spitze zu treiben. Die Zungen werden gelockert, weil angesichts solcher Evidenz des Bösen man sich gehen lassen kann, ohne von den öffentlichen Wächtern politischer Sitte gerügt zu werden. Abgesehen davon, daß die bürgerliche Presse die wahren Ursachen des Konfliktes um Palästina vertuscht und gänzlich in den Berichten verschwinden läßt und immer wieder für die rassistische Politik Israels Rechtfertigungen zu suchen, folgte die Presse unmittelbare iele:

- die Differenzierung und Kriminalisierung der Palästinensischen Revolution
- die Diffamierung aller revolutionären ant imperialistischen Kräfte innerhalb der BRD
- die Verschleierung der ökonomisch-militärischen Hintergründe des Abba Eban-Besuches
- die langgeübte Diffamierung der Ausländer allgemein zu intensivieren, da der Anlaß gegeben war, um hinter diesem Vorwand deren politische Tätigkeit lahmzulegen oder sie überhaupt loszuwerden.



Die Aktionen werden von wenigen Personen durchgeführt, meistens mit spektakulärem Erfolg: Die Massenmedien beschäftigen sich damit und stellen die verschiedenartigsten Vermutungen an. Die Organisationen, die Kämpfer sind ins Licht der Öffentlichkeit gerückt und man ist auf einmal „wer“.

Diese Aktionen sind für die Weiterentwicklung des Widerstandes zur Revolution äußerst gefährlich.

Der erbitterte, langfristige, harte Kampf gegen den technologisch gut organisierten und sonst überlegenen Feind wird zu einem persönlichen, individuellen und zufälligen Kampf herabgesetzt. Das Volk wird auf diese wenigen Helden fixiert und beraubt sich an ihren Taten. Es entsteht eine illusionäre Einschätzung der Lage: „Die Helden werden das andere auch schon für uns erledigen können“. Die Massen des Volkes werden in die Rolle des Zuschauers gedrängt, wobei sie aus den Augen verlieren, daß nur sie selber in der Lage sind, sich aus ihrer Lage zu befreien.

Die kollektiv geführten Aktionen berufen sich auf das Volk und seine revolutionären Klassen, auf das Volk, als einzig verändernden Faktor. Diese Aktionen werden von einer Vielzahl von Kämpfern an mehreren Orten gleichzeitig gegen den Feind geführt. Nur diese Aktionen führen zu einer revolutionären Entwicklung, sowohl des Widerstandes als auch des Bewußtseins der Kämpfer und des Volkes. Die Kämpfer lernen die revolutionäre Disziplin und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit. Wie die von der FPDLF ausgeführten Aktionen zeigen, gibt es Anzeichen dafür, daß Versuche unternommen werden, den bewaffneten Widerstand in einen Volkskrieg umzuwandeln.

Die individualistischen und terroristischen Aktionen waren dagegen schon immer Ausdruck der Unterschätzung des revolutionären Potentials der Massen, ihre Auswirkungen sahen immer nur auf den ersten Blick nach revolutionärer Veränderung aus, wie z. B. bei gegliederten Anschlägen auf einen Herrscher; aber änderte sich dadurch etwas an den jeweiligen Macht- und Klassenverhältnissen?

Lenin sah zwar in einigen dieser Terror-Helden Träger eines revolutionären Kerns, den es umzuwandeln gälte, warnte aber dennoch sehr eindringlich vor ihnen und bezeichnete sie als Ausdruck für den Glauben an die Spontaneität. In seinem Buch „Was tun?“ geht er sowohl mit diesen Terroristen als auch mit den anderen Spontaneitätsgläubigen, den Ökonomen, scharf ins Gericht.

Die konkrete Lage in und um Palästina stellt sich folgendermaßen dar: Die ersten Aktionen gegen die El-Al-Verkehrsmaschinen, die Entführung nach Algerien und der Anschlag in Zürich, waren zu den jeweiligen Zeitpunkten auch politisch vertretbar, galt es doch, die Weltöffentlichkeit auf die Verbrechen des Staates Israel besonders gegen das palästinensische Volk aufmerksam zu machen. Inzwischen ist die Entwicklung des Widerstandes fort-

ein Kindergarten, Gästezimmer, sowie ein Restaurant. Vier Tage später, am 17. 2. wurden auf dem Flugplatz München-Riem drei bewaffnete Araber festgenommen. Der Flugkapitän einer jugoslawischen Verkehrsmaschine hatte sie als Entführer verdächtigt.

Jedes einzelne dieser vier Ereignisse hätte ausgereicht, die Bevölkerung zu beunruhigen. Erst recht war die dichte Aufeinanderfolge geeignet, die Spannungen zu eskalieren. Um so mehr wäre es Aufgabe der Presse und der anderen Massenmedien gewesen, so objektiv und neutral wie nur irgend möglich die Bevölkerung zu informieren.

Sowohl die Berichterstattung als auch die Kommentare lassen jedoch darauf schließen, daß in diesem Falle latent vorhandene Ressentiments und aktuelle politische Zwecke in den Vordergrund traten.

Ein Überblick über die Berichterstattung der Münchner Presse wird diese Behauptung bestätigen.

In der Münchner Abendzeitung (AZ) schreibt der Chefredakteur Udo Flade einen Leitartikel unter der Überschrift „Es war Mord nach Flugplan“; darin wird die berechnete Empörung über den blutigen Anschlag mit einer politischen Diffamierung des Führers der palästinensischen Befreiungsorganisation, Yasser Arafat, verquittet. Eine Bildunterschrift innerhalb des Leitartikels betitelt Arafat als „Chef der arabischen Bombenleger“.

Die Münchner Ausgabe der Bildzeitung vom 11. 2. kommentiert den Fall folgendermaßen: Überschrift „Heckenschützen“; „den Frieden wollen sie nicht, die arabischen Terroristen. Den offenen Krieg scheuen sie. Dafür lassen sie Unbeteiligte büßen — nun bei uns, in der Weltstadt München.“

Der folgende Tag, der 13. 2., an dessen Abend das israelische Gemeindehaus in Flammen aufging, nimmt sich in den Presseschlagzeilen wie ein retardierendes Moment aus. Die Vorfälle in München werden verdrängt, durch ein Ereignis im Nahen Osten selbst.

Etwa 12 km nördlich Kairo bombardierten israelische Kampfflugzeuge ein ägyptisches Eisen-schmelzwerk. Nach ägyptischen Angaben wurden dabei auch Napalmkanister abgeworfen. Dajan stellte diesen Angriff auf ein ziviles Objekt als ein Versehen dar. Dieses „Versehen“ kostete 68 Arbeitern das Leben, fast 100 Menschen wurden z. T. schwer verletzt. Auf einmal irren sich die israelischen Piloten, laut militärischer Klassifizierungen sollen sie die besten Piloten der westlichen Luftwaffen sein. Die bürgerliche Presse, die ihre Leistung im Juni-Krieg 1967 hochgelobt hatte und forderte, daß die Piloten der Nato sich den israelischen Piloten als Vorbild nähmen, versuchte sie in Schutz zu nehmen, sie irren sich und wie es allgemein bekannt ist „irren ist menschlich“. Während die „Abendzeitung“ nach dem Anschlag in „München-Riem“ eilig von einem „Mord nach Flugplan“ geschrieben hatte, meldete sie in diesem Fall auf der unteren Hälfte der Titelseite: „Israelis irren sich: 68 Tote“.

Der Chefredakteur Udo Flade verzichtet ganz und gar auf Überle-

Brand im Haus der israelischen Kultusgemeinde, der den tragischen Höhepunkt der Münchner Ereignisse darstellte. Die Schlagzeilen der Wochenendausgaben lauten: „3 Tage nach dem Riemer Anschlag Polizei: Es war Brandstiftung/Verletzung über Leitern gerettet — Münchner Attentat auf Synagoge — 7 Tote.“ (Abendzeitung) Jüdisches Altersheim in Flammen: 7 Tote/Polizei vermutet Brandstiftung mit politischem Hintergrund“ (Süddeutsche)

„7 Tote beim Brand in jüdischem Altersheim — Überall waren Flammen! — Bewohner flüchteten aufs Dach. Feuerwehr: Es war Brandstiftung“ (Bild 7).

Es handelt sich hier tatsächlich weder um ein Altersheim noch um eine Synagoge, sondern um das Haus der israelischen Kultusgemeinde. Die Polizei, obwohl man darauf hinwies, ist für diese Fehlinformation verantwortlich. Ein offizieller Polizeisprecher erklärte vor den Journalisten, man habe es für „klüger“ gehalten, hier von einem Altersheim zu reden. Die Elertanzjournalisten müßten auch „klüger“ gehandelt haben, als sie von Synagoge schrieben. Der Brand der Synagoge müßte die schrecklichen Eindrücke der „Kristallnacht“ erweckt haben. Sowohl die Polizei als auch die Feuerwehr sprachen von Brandstiftung, ohne die geringsten Beweise dafür gesammelt zu haben. Außerdem gab es noch fünf verschiedene Versionen von dem Brand, der zum Auftakt einer beispiellosen antiarabischen und Antiausländer-Pogromstimmung in der Münchner Bevölkerung wurde und notstandsartige Aktivitäten der Polizei einleitete. Noch vor dem Besuch des israelischen Außenministers Abba Eban in München wurden bei mehr als 150 arabischen Studenten Hausdurchsuchungen unternommen. Diese Hausdurchsuchungen fanden in Abwesenheit

Rosa Zeiten für Studenten

Zum Beispiel Flüge:

Düsseldorf - London . . . DM 67,-
Düsseldorf - Dublin . . . DM 114,-
Düsseldorf - Istanbul . . . DM 190,-

Zum Beispiel Züge:

Bochum - Kopenhagen . . DM 57,-
Bochum - Wien DM 67,-
Bochum - Rom DM 89,-
Bochum - London DM 52,-

Studenten-Reisedienst

BOCHUM • Telefon 51 14 57 • Baracke 8, neben der Mensa

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN

Kleinstlinsen
angenehm zu tragen
unsichtbar • unzerbrechlich

BRILLEN **Hagemann** SÜDRING 20



was trinken wir?

Schultheiss

Bier

SCHULTHEISS-BRAUEREI AG, BERLIN, BOCHUM

Ihre Kommilitonen können es bestätigen ...

Reparaturen an allen Autos

gut schnell preiswert



C. M. Schötteldreier

4630 BOCHUM

Herner Straße 107

Telefon 1 43 36

Service
Verkauf
Ersatzteillager

Wir reparieren - und tauschen nicht nur aus!

Streichung von HiWi-Stellen

An der Ruhr-Universität wurden in den Geisteswissenschaften zahlreiche Hilfskraftstellen gestrichen. Ein ASIA-Mitglied bat den Kanzler um eine Erklärung. In der Antwort wurde von einem „bestimmten Schlüssel“ gefaselt, nach dem „im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel“ Gelder für die Finanzierung der HiWi-Stellen bewilligt werden. Natürlich dürfen wir selbst uns überlegen, wie „bestimmt“ dieser Schlüssel ist: die Aufbauphase in den besagten Abteilungen wird als beendet betrachtet. Jetzt kommen die Naturwissenschaftler dran. Dort braucht man also mehr Hiwis und muß daher mehr Planstellen einrichten. Da sie für die Kapitalisten ergiebigeres Material erarbeiten können, sind sie auch wichtiger. Den betroffenen Studenten können wir nur empfehlen, sich naturwissenschaftlich ausbilden zu lassen.

Lohnsteuer-Jahresausgleich

Lohnsteuer-Jahresausgleich für stude
tische u. wiss. Hilfskräfte
In der Universitätskasse liegen noch etliche Steuerkarten von stud. u. wiss. Hilfskräften, deren Inhaber beim Finanzamt einen Antrag auf Lohnsteuer-Jahresausgleich stellen könnten und etliche Summen zurückerhielten.

Leider ist der Universitätskasse nicht bekannt, wo die einzelnen Damen und Herren ihre Tätigkeiten ausüben bzw. wo sie zu erreichen sind.

Haben Sie eine Möglichkeit, es durch Plakatanschlag oder Zeitung den Betroffenen zur Kenntnis zu geben?

Es handelt sich vor allem um solche Hilfskräfte, die nicht das ganze Jahr beschäftigt waren und für die die Universitätskasse einen Lohnsteuer-Jahresausgleich nicht vornehmen kann und darf.

Der Ablauf des Termins ist der 30. April 1970.

Universitätskasse

Bergbautote

Die Zahl der Unfälle im Bergbau in NRW stieg 1969 um etwa 3000 auf 47 810 an. 149 Bergleute kamen zu Tode. Der Grubensicherheitsausschuß des NRW-Landtags gibt als mögliche Ursache an, daß bei gleichbleibender Förderungsleistung die Zahl der verfahrenen Schichten um fast 5 Prozent gesenkt wurde. Vor Gründung der Ruhrkohle AG verzichteten die Einzelunternehmen auf notwendige Investitionen für Sicherheitsvorkehrungen.

Die mit der Steigerung der Leistungsnormen verbundene Verschärfung der Ausbeutung der Bergleute durch die Ruhrkohle AG bedeutet für die Arbeiter ein erhöhtes Sicherheitsrisiko. Hinzu kommt die Einfuhr von Arbeitskräften aus Südeuropa und Marokko, denen für niedrigen Lohn Höchstleistungen abverlangt werden, wobei deren Sprachschwierigkeiten als Mittel zu ihrer Unterdrückung besonders willkommen sind.

Wie der SPIEGEL vor zwei Wochen mitteilte, ist die tägliche Todesrate durch Arbeitsunfälle in der BRD auf 15 angestiegen.

Ford bei Kossygin

Der US-Autoindustrie Henry Ford II. wurde am Montag von dem sowjetischen Ministerpräsidenten Alexej Kossygin empfangen. Nach Angaben der amtlichen Nachrichtagentur TASS galt das Treffen einem Meinungsaustausch über die Möglichkeiten von wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der „Ford Motor Company“ und entsprechenden sowjetischen Organisationen (FR vom 21. 4. 70).

Schon vorher hatte die bürgerliche Presse mitgeteilt, daß die „Ford Motor Company“ in der SU ein Automobilwerk errichten wolle. Wie man aus der FAZ erfährt, soll es sich dabei um ein LKW-Werk handeln, das jährlich über 150 000 LKW produzieren wird und damit das größte LKW-Werk der Welt wäre. Wird auch König Ford II. — wie zuvor Fiat in Togliattigrad — 49 Prozent der Aktien zum Kauf der Ware Arbeitskraft des russischen Volkes als Tribut in Empfang nehmen dürfen?

Bereits letztes Jahr hatte man in Oberhausen beschlossen, endlich mit den Jury-Mauscheleien Schluß zu machen. Die Festspielleitung, „modern, aufgeschlossen und dankbar für jede Initiative“ verströmete Publikum und Filmemacher auf nächstes Jahr. Wer jedoch dieses Jahr, wo doch alles anders werden sollte, mit der Erwartung auf eine offene Diskussion über die Filme, ihre Relevanz, ihre Auswahl- und Bewertungsmaßstäbe nach Oberhausen ging, dem sollte diese Illusion schnell zerstört werden. Die Jury wollte sich ein Alibi schaffen und setzte Mittwoch eine öffentliche Sitzung an, in der Hoffnung, Publikum und Filmemacher seien so „verständnisvoll“ und verzichteten auf ihre Forderung nach Öffentlichkeit; sie erlebte jedoch eine schwere Enttäuschung: Die Abstimmung ergab eine große Mehrheit für die Öffentlichkeit der Jury.

Klare Fronten

Diese Forderung wurde von den beiden deutschen und dem kubanischen Jury-Vertreter anerkannt, die bereit waren, ihre Bewertungskriterien Publikum und Filmemachern offen zur Diskussion zu stellen. Die übrigen Jury-Mitglieder (Jugoslawien, Sowjetunion, Polen, USA) waren strikt dagegen. Sie fürchteten, die Öffentlichkeit und Diskussion — monstros Ungeheuer in ihren Augen. Das entspricht ganz dem, was sie von zu Hause gewöhnt sind: Die herrschende Clique in ihren Ländern hat vor den Massen Angst. Der Straßenmob könnte „putschen“, die „revolutionäre“ Regierung darf sich vom „Druck der Straße“ nicht „erpressen“ lassen. Unser „Genosse“ Jury-Vertreter aus Jugoslawien führte die Front der „sozialistischen“ Länder an, die ein trautes Bündnis mit ihrem US-Freund Carmen „Avino“ eingegangen waren. Alle drohten mit ihrem Rücktritt und er — Dusan Stojanovic, Filmdezent in Belgrad — tat es sogar beleidigt: „Die Jury hat sich moralisch diskreditiert, wo sie sich dem skandalösen Erpressungsversuch einiger ihrer Mitglieder beugte, die mit Hilfe von Quasi-Revolutionären aus dem Publikum ihre Kriterien und Pressionsmethoden in die Jury einbrachten.“

Wie die Revisionisten Lenin feiern

Am 23. Dezember vergangenen Jahres veröffentlichte die revisionistische Moskauer „Prawda“ Thesen des Zentralkomitees der „K“PdSU zum hundertsten Geburtstag Lenins. Im dritten Teil, These 14, dritter Absatz konnte man lesen: „Im Entwurf des Referats über die internationale Lage und die Hauptaufgaben der Komintern vermerkte Lenin fünf „soziale Machtfaktoren der Arbeiterklasse“: 1) Zahl, 2) Organisiertheit, 3) Stellung im Produktions- und Verteilungsprozeß, 4) Aktivität, 5) Bildung.“ Diese Aufzählung jedoch stammt von dem österreichischen Sozialdemokraten Otto Bauer, der wegen seiner revisionistischen Positionen auf dem 2. Kongreß der Komintern von Lenin scharfsten verurteilt wurde. Tatsächlich schreibt Lenin: „Man muß

Die Revisionisten entlarven sich.

Was waren das für Quasi-Revolutionäre? Welche Kriterien für die Film-Auswahl vertreten sie, bürgerliche oder revolutionäre? Werfen wir einen Blick in die Presse (außer BILD.), wo die „Quasi-Revolutionäre“ wie folgt charakterisiert werden:

„... ist bezeichnend für ein deutsches Programm, das zum ersten Mal in der Geschichte der Oberhausener Kurzfilmtage fast ausschließlich mit politischen Filmen besetzt ist (die drei, vier kleinen Zelluloid-scherze, die im Angebot mitlaufen, zählen nicht). Noch nie war eine Jungfilmer-Generativn so aggressiv und politisch aktiv; sie holt die Versäumnisse jener Ästheten nach, die in den letzten Jahren mit unverbindlichen Experimenten der Realität auswichen.“ (WAZ, 18. 4. 70) Weiter: „... Neben handwerklich und technisch perfekten, gesellschaftspolitisch aber irrelevanten Filmen nach alten und bewährten Mustern, stehen politisch brisante Arbeiten, die auf ästhetische Perfektion keinen Wert mehr legen können... Es ist eine Auseinandersetzung, von der die ganze künstlerische und kunsttheoretische Produktion nicht nur auf dem Gebiet des Films betroffen sind.“ (Frankfurter Rundschau, 18. 4. 70) Diese „Quasi-Revolutionäre“, deren Filme dieses Jahr einstimmig an die Spitze des deutschen Programms gewählt wurden, weil sie nämlich nicht nur „politisch brisant“ sind, d. h. eindeutig dem Kapitalismus und Imperialismus den Kampf ansagen, sondern auch die Probleme der Darstellung bei der politischen Film-Agitation formal erfolgreich zu lösen beginnen, sind unseren „Genossen“ aus den sogenannten sozialistischen Ländern natürlich ein Dorn im Auge. Man will sie aus der „Kunst“ draußen halten. Das gelingt den Revisionisten aber immer weniger, denn ein guter Revolutionär muß auch die Kunst und Technik gut beherrschen, auch beim Filmemachen. Und die Revolutionäre werden das schnell lernen. Am Beispiel des Cuba-Films des Arbeitskollektivs Bochum/Berlin:

„...außergewöhnlich gelungen... weil der Film, indem er kritisiert, selbstreflektiert: weil die mit Widersprüchen arbeitende Argumente

tation nicht verbal bleibt, sondern die Montage von Bild, Ton, Zitat und Insert voll entfaltet.“ (FR vom 14. 4. 70)

Hören wir dagegen, wie Publikum, Filmemacher und Presse über die „Filmkunst“ unserer Juroren-„Genossen“ urteilt:

„Da ist zunächst zu registrieren, daß die Filmproduktion in den sozialistischen Staaten Osteuropas offenbar keinen Schritt weitergekommen ist in der Frage, wie Filme gemacht sein müssen, um die Zuschauer wirklich zu politisieren. Die glatten, in sich geschlossenen und selbstgenügsamen Dokumentationen und Trickfilme aus Polen, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien und der CSSR sind affirmativ... So wird denn die politisch bedeutende Gegenposition vor allem von den Filmen aus der BRD und Lateinamerika gehalten.“ Die Herren Juroren aus den „sozialistischen“ Ländern haben sich blamiert, es gelang ihnen diesmal nicht, dem Oberhausener Publikum, den Filmemachern und der Presse etwas vorzumachen. Sie interessierten sich nicht mehr für die Frage, für wen ein Film „gut“ ist. Ist er gut für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gesellschaft, oder ist er „gut“ für den Kampf gegen das Kapital, für die sozialistische Revolution? In dieser Frage entlarvten sie sich vollständig, sie entschieden sich für den Kapitalismus, indem sie nur die „Kunst“, vor der alles und alle angeblich „gleich“ sind, anerkannten. Als ihnen das bei den „kunstvollen“ politischen Filmen nicht recht gelang, nahmen sie Zuflucht zu einer üblen Hetzkampagne gegen die „Quasi-Revolutionäre“. Diese Leute haben einmal mehr bewiesen, daß sie den Marxismus verraten haben, der seinem Wesen nach kritisch und revolutionär ist. Als Vertretern der revisionistischen Länder war eigentlich auch nichts anderes von ihnen zu erwarten. Sie erhielten die erste Quittung: Die Jury-Mitglieder aus Osteuropa wurden offenbar durch nichts so betroffen wie durch den aus dem Publikum geäußerten Vorwurf, sie seien allesamt Revisionisten. Der Jugoslawe nahm das zum Anlaß, sich aus der Jury zurückzuziehen... Der Linken in unserer Gesellschaft scheint zumindest eine Verschiebung bei Vertretern sozialistischer Staaten zu gelingen.“ (FR 20. 4. 70)

„Neue Ostpolitik“ an der Kulturfront

Warum platzte die Jury nicht? Warum ließ man die Herren aus den sogenannten sozialistischen Ländern nicht zurücktreten? Weil das genau die politische Funktion der Oberhausener Kurzfilmtage zunichte gemacht hätte. Hilmar Hoffmann (SPD), verantwortlicher Leiter des Festivals, mußte alle taktischen Raffinessen aufbringen, einerseits Versprechungen und Verströmung des Publikums („Nächstes Jahr wird alles anders“), andererseits Schlichtung des Jury-Frak-tionskampfes. Letzteres gelang ihm

deshalb, weil die progressiven Jury-Mitglieder letztlich doch mehr Interesse am Preisverteilen hatten als an der konsequenten Entlarvung und Sabotage dieser SPD-Veranstaltung. So konnte Erika Runge (D„K“P) im Verein mit den in der Jury verbliebenen Revisionisten-„Genossen“ einen Großen Preis für einen Politfilm ergattern, der zwar einen Eindruck von der Vielzahl der braunen Persönlichkeiten in und um Bonn vermittelt, dessen analytischer Gehalt jedoch gleich null ist.

Der SPD gelang es deshalb mit Hilfe der Reformisten, ihre kulturpolitischen — hier außenpolitischen — Interessen durchzusetzen: ideologische und wirtschaftliche „Aufweichung“ der osteuropäischen Länder. Sie hoffte ihre zukünftigen osteuropäischen Geschäftspartner und wurde dabei natürlich von den Festival-Geldgebern der westdeutschen Großindustrie unterstützt. Wieder ein Blick in die Presse: „Was da unter dem Titel „Oxi“ (Nein) lief, hergestellt bei der DEFA in Ostberlin, ist nicht besser als die Dutzendware des Fernsehens. Man kann sich angesichts dieser Entscheidung die Vermutung nicht verkneifen, daß hier jemand in der Jury den Gedanken gehabt haben muß, im Zeichen von Erturt und Kassel sei es an der Zeit, endlich einmal auch einen Film aus der DDR in Oberhausen auszuzeichnen.“ (FR, 20. 4.)

Weiter: „... daß bei mindestens fünf von zehn Förderungspremiären geradezu schwachsinnig (im Gegenteil: systematisch) entschieden wurde... Prämien wurden für Filme aus den sozialistischen Staaten Osteuropas zugeteilt, obwohl in Oberhausen die Stagnation des osteuropäischen Kurzfilms geradezu deutlich geworden ist.“

Erklärung des Arbeitskollektivs Bochum/Berlin zur Zurücknahme des Cuba-Films.

„In der Jury hat eine Fraktion gesiegt, die zur Bewertung von Filmen unpolitische und bürgerliche Kriterien bevorzugt, die den wichtigsten Filmen des deutschen Programms unangemessen sind. Da in einer Atmosphäre allgemeiner Korruption, Mausehelei und politischer Manipulation (den Cuba-Film, auf den 1. Platz des deutschen Programms gewählt, zeigte man z. B. nachts um 1.00 Uhr, als der Saal nur noch 1/4 voll und bereits Presse-Redaktionsschluß war) die materiellen und propagandistischen Möglichkeiten eines wirklich antikapitalistischen Films systematisch ausgeschaltet werden, haben wir unseren Film „Cuba-Sommer 68“ aus dem Wettbewerb zurückgezogen.“

Resultat

Die politischen Filme werden zahlreicher und „besser“. Sie werden den Kampf gegen die Mausehelei, Revisionisten und Reformisten aller Schattierungen aufnehmen. Der erste Schritt dazu ist gemacht.

Reifen-Dornhardt

Reifenfachhändler · Runderneuerungs- und Vulkanisierbetrieb · Deta-Batterielager
Sonderpreise für Uni-Angehörige!

463 BOCHUM · Wittener Straße 449 · Fernruf 55 03 68

gegenüber Opel-Eingang I

Uni Grill

Hustadt Auf dem Backenberg 19

bietet:

Hähnchen	2,50 DM
Curry-Wurst	1,30 DM
Schaschlik	1,40 DM

und andere Spezialitäten!

Geöffnet täglich von 17.00 bis 22.30 Uhr



Bochum Kortumstr. 45 I. Etage
Anpassung unsichtbarer Augengläser
bestverträgliche Kunststoff-Kleinstlinsen
des bewährten Systems Müller-Welt

Sicherheitsvorkehrungen bei GEA-Luftkühler A.G. in Bochum

GEA hat Zweigwerke in London und Yokohama und liefert Luftkühler an die Kompradorenbourgeoisie in Saigon und anderswohin. Man darf sich ein Weltunternehmen nennen.

Werkstudenten werden gern eingestellt und relativ gut bezahlt. Allerdings tragen sie auch das volle Risiko, wenn sie z. B. die „ganz leichte Arbeit“ (Personalchef Hetschel) in der Verzinkerei übernehmen und dort aufgrund der Produktionsbedingungen für mehrere Monate arbeitsunfähig werden (Beschreibung des Arbeitsvorgangs vgl. BSZ Nr. 48).

Das liegt dann selbstverständlich am Erkrankten selbst: menschliches Versagen oder „allergischer Unfall“ (Unfallobmann Freese) sind Ausreden, die auch die Berufsgenossenschaft von jeglicher Verantwortung entbinden. So war es jedenfalls noch im Herbst 1969. Der folgende Bericht zeigt, daß es schon an Wunder grenzen müßte, wenn sich seither etwas geändert haben sollte, konnte doch damals schon der DKP-Betriebsrat Henke nur bedauernd mit den Schultern zucken.

Die Sicherheitsvorkehrungen werden bei der GEA selbstverständlich streng beachtet, wenn nicht wegen der Fülle von Aufträgen aus aller Welt die Zeit „zufäl-

lig“ drängt und so z. B. auch Brückenkräne benutzt werden müssen, die schon lange defekt sind. Auch zum Reparieren hatte man ja bisher keine Zeit!

Falls der Kran dann eine Last fallen läßt oder die Bremsvorrichtung versagt, hat natürlich die Kranführerin Schuld, die für die Übernahme dieser Verantwortung 3,68 DM/Stunde erhält.

Auch wenn Rippenrichterin zum Satz von 3,99 DM/Stunde (= 100%) im Akkord an den hochauferichteten „Elementen“, bis zu 7 m langen, 3 m hohen und 1/2 m breiten Rippenkühlern arbeiten müssen, hat man keine Zeit, diese vorher zu verankern.

Die Todesquote — 1 Arbeiter im letzten Jahr — ist in den Augen der Werkleitung offenbar zu verkraften. (Wie das mit den sorgfältig geführten Unfallstatistiken aussieht, erscheint uns freilich dunkel, wenn man berücksichtigt, daß für die Rohrverzinkerei für 1969 bis August 3 Unfälle angegeben waren, während Studenten, die dort mit den meist griechischen Arbeitern zusammenarbeiteten, allein im August Zeugen mehrerer Unfälle waren.)

Für perfekte Minimalsicherheitsvorkehrungen wie Unfallschuhe, Helm usw. erhalten jedoch einmal im Monat 5 Arbeiter eine Sicher-

heitsprämie von 200 DM. Dafür müssen andere Arbeiter über ein halbes Jahr auf die bestellten Unfallschutzschuhe warten, bis sie sie — wie z. B. eine griechische Rippenrichterin — wegen eines Unfalls nicht mehr nötig haben. Auch werden für das Richten an den scharfkantigen Rippen Lederhandschuhe nur ungern ausgegeben, da sie dort ja zu schnell kaputtgehen könnten. Schließlich kostet das Paar ja auch 36 DM und ist — wie eine Arbeiterin zur Antwort bekam — „für Rippenrichterin viel zu schade“. Laß die sich doch die Finger kaputtschneiden!

Wegen der ausgesprochen schlechten Luft in einer Werkhalle neben dem Verwaltungsgebäude der Hapfel K.G. (die Gase in der Elementen-Verzinkerei breiten sich über die ganze Halle aus) hat die Firma — wie Arbeiter mit einem Anflug von Ironie berichten, extra einen Professor aus Heidelberg zu Rate gezogen, der jedoch feststellte, daß nichts zu ändern und die Luft außerdem erträglich sei.

Die Arbeiter selbst konnten einige gute, wenngleich ziemlich kostspielige Veränderungsvorschläge machen, z. B. Bau eines Abzugsdachs und mehrerer Absaugfilter. Auf das „Fachurteil“ des Herrn Professors hin wurde die ursprüngliche Zulage für die schlechte Luft

gestrichen, denn eine Tüte Milch pro Tag reicht ja auch völlig aus, um Vergiftungserscheinungen vorzubeugen!

Während die Arbeiter auf der „Palette“, die die Elemente nach dem Verzinken mit Silber-Syntholin spritzen, gegen die giftigen Schwaden einen Mundschutz tragen, hält man das bei Frauen, die 4 m entfernt arbeiten müssen, für überflüssig. Da in der Halle mehrere Ventilatoren ausgefallen sind — für deren Reparatur ja keine Zeit ist — beschwerten sich einige Arbeiterinnen bei Betriebsleiter Klocke. Dessen Antwort: „Wir sind ja schließlich kein Sanatorium!“ Auch der Betriebsrat Henke kann da angeblich nichts machen, da er Angst um seinen Posten hat. So äußern sich die Arbeiter sarkastisch: „Was solls? Wir krepieren ja doch alle mal an Lungenkrebs!“

Sollte sich ein Arbeiter herausnehmen, mal krankzufeiern, so schickt ihm die Hapfel K.G. (Muttergesellschaft der GEA) einen freundlichen Brief, worin ihm eine baldige Kündigung nahegelegt wird. Solche Briefe gelten der Werkleitung als „reine“ Formsache, denn seit sie vor etwa zwei Jahren einen Prozeß gegen die IGM gewonnen hat, ist sie sehr selbstbewußt geworden.

Die BSZ-Leser schreiben

FHV: Neue Formen studentischer Politik

Bereits zu Beginn des Wintersemesters 1969/70 forderten die Vertreter des Freidemokratischen Hochschulverbandes (FHV) im Studentenparlament die Reorganisation des SP und der (verfaßten) Studentenschaft und trugen dazu folgende, hier erweiterte und erläuterte, Grundsätze vor:

Das SP wird in seiner bisherigen Form aufgelöst, da es seinem Anspruch nicht mehr gerecht wird und auch keine relevanten Aufgaben mehr zu erfüllen hat. An seine Stelle tritt der Studentenrat, dem angehören: 1. die studentischen Universitätsparlaments-Mitglieder, 2. je Abteilung bzw. Fachschaft ein Vertreter, der in der Abteilung oder der Fachschaft verantwortlicher Funktionsträger ist, 3. 20 über Listen gewählte Vertreter der politischen Hochschulgruppen.

Aufgaben dieses Studentenrates sind:

1. Bestimmung der Leitlinien der studentischen Politik an der RUB.
2. Ihre Koordination auf gesamtuniversitärer Ebene, d. h. der Arbeit im UP und in den Abteilungen (u. a. als Ersatz für die abgewirtschaftete und funktionslose und unfähige Fachschaftsvertreterversammlung).
3. Wahl und Kontrolle des Sprecherates der Studentenschaft (der aus 3 Mitgliedern besteht und den bisherigen ASTA ersetzt, die Beschlüsse des Studentenrates ausführt, die Geschäfte der Studentenschaft leitet und jederzeit dem Studentenrat verantwortlich und von ihm abwählbar ist).
4. Delegation und Kontrolle der studentischen Mitglieder in gesamtuniversitären Gremien (außer UP und dessen Ausschüsse), z. B. Akafö, Studentenwerk (Sozialbereich) u. ä. m., im vds, zu regionalen und überregionalen Studententagungen usw.
5. Umfassende Informationsarbeit für die Studentenschaft.
6. Beschlussfassung über die Finanzen der Studentenschaft.

Die Verwirklichung dieses Modells wird einen arbeitsfähigen Studentenrat mit klar definierten Aufgaben und Möglichkeiten schaffen, der stärker als bisher sachbezogene, rationale Arbeit für die Studentenschaft leisten kann. Die längst fällige Koordination der studentischen Politik an der RUB wird eine deutlichere und effektivere Artikulation und Durchsetzung studentischer Interessen gewährleisten. Die Zersplitterung und Auflösung der Studentenschaft als Organ und Teilkörperschaft innerhalb der Universität wird verhindert. Eine Kontrolle der Tätigkeit studentischer Mandatsträger ist jederzeit gewährleistet.

Dieses Modell, das hier erneut vorgetragen wird, stellt einen Diskussionsbeitrag zur Frage der Reorganisation der Studentenschaft



Die Redaktion antwortet

dar. Seine Verwirklichung sichert echte und wirkungsvolle studentische Interessenpolitik im gesamten Universitätsbereich. Dies kann jedoch nicht isoliert geschehen, in Form einer rein organisatorischen Reform, sondern nur in Verbindung mit der Diskussion und Festlegung inhaltlicher politischer Ziele der Studentenschaft, unter Beteiligung aller Studenten, unter Berücksichtigung der relevanten Sach-Interessen und unter Hintanstellung einer lediglich ideologisch konzipierten und einseitig auf außeruniversitäre Bereiche konzentrierten und fixierten Studentenpolitik.

Freidemokratischer Hochschulverband (FHV)

Anmerkung zu Neue Formen studentischer Politik

Um eine legale Delegation der studentischen Mitglieder in der Leitung eines Sozialen Selbsthilfewerkes und im Verwaltungsrat eines Sozialen Studentenwerkes zu gewährleisten, ist die Wahl durch die Mitglieder des Universitätsparlaments vorgesehen. Die Studentenwerkskommission ging davon aus, daß die studentische Politik in den letzten Monaten sowohl im Studentenparlament als auch im ASTA inaktiv geworden ist. Das Studentenparlament ist bis auf die Verabschiedung der Haushalte von Studentenschaft und Studentenwerk sowie der Wahl des ASTA's völlig unwirksam geworden. Ein großer Teil aktiver Politik wurde durch die neue RUB-Verfassung auf das Universitäts-Parlament übertragen. Um diesem Tatbestand Rechnung zu tragen, schlägt die Studentenwerkskommission die Wahl der studentischen Mitglieder im Sozialen Studentenwerk durch die studentischen UP-Mitglieder vor. Dabei ist geplant, daß einem neu zu strukturierenden Studentenparlament die Wahl überlassen bleibt und die studentischen UP-Mitglieder die Wahlbeschlüsse als unabänderliche Beschlüsse dem UP mitteilen.

Die Ausführungen über die Wahlen lassen deutlich werden, daß neben der Neustrukturierung des sozialen Bereiches innerhalb der Studentenschaft auch eine Neustrukturierung des Studentenparlaments und des ASTA's erforderlich sind. Dazu schlägt die Kommission eine Änderung im Wahlmodus vor: bestehende Studentenparlament vor: die jetzt bei den Wahlen zum SP zu wählenden Mitglieder aus den Abteilungen (ein Drittel der SP-Mitglieder = Direktkandidaten) werden durch die studentischen UP-Mitglieder ersetzt. Bei der Berechnung einer durchschnittlichen Zahl von 20 Abteilungen ergibt sich dann eine Mitgliederzahl von 60 für das neue SP, da im Hinblick auf die politische Präsenz die Listenwahl durch Hochschulgruppen mit der doppelten Anzahl von studentischen

UP-Direktkandidaten, also 40, beibehalten werden soll. Die Form studentischer Hochschulgruppen soll dabei hier nicht näher erläutert werden; es kann sich um Hochschulgruppen alten Stils, um Basisgruppen, Projektgruppen, Rote Garden, Junge Garden, usw. handeln. Als beratender Delegierter kann dabei im SP je ein Vertreter der Fachschaften hinzugezogen werden. Als Nachteil für diese neue SP-Strukturierung kann sich dabei jedoch die Doppelfunktion einerseits und damit zusammenhängend eine Arbeitsüberlastung andererseits der studentischen UP-Mitglieder erweisen. Grundsätzlich für eine Neustrukturierung der studentischen Politik ist natürlich die Bereitschaft einer solchen an der Universität als Voraussetzung.

Jörg Reimann

„Betr.: Artikel „Zum Fall Sprei“ in BSZ Nr. 58

Ich habe mich sehr gewundert, daß Sie Ihr Ziel, Verständnis für die Widerstandsbewegung in Guatemala, mit Hilfe eines so schlecht geschriebenen Artikels erreichen wollen. (Den ersten Satz mußte ich dreimal lesen, um ihn zu verstehen. Was der Bonner Geschäftsträger in Saigon in dem Artikel zu suchen hat, ist mir auch nicht klar geworden. Und aus welchem Grund wollen Sie meine moralische Empörung nicht steigern?)

Was mich aber entsetzte, waren die Worte „zwangsläufig“ und „Notwendigkeit“ (a) ... „wieso und warum die Unterdrückten zwangsläufig zu solchen Methoden greifen“, b) „Von Seiten der Guerilleros und für die Widerstandsbewegung in Lateinamerika war es eine Notwendigkeit, die Drohung wahrzumachen.“

Ich verlange von Ihnen eine Darstellung der moralischen und politischen Grundsätze, die nach Ihrer Meinung diese für mich ungeheuerlichen Sätze rechtfertigen.

Mit den besten Wünschen für eine bessere BSZ
Michael Strake
Kollegstraße 10

PS. Als Anlage sende ich Ihnen einen Artikel aus PUBLIK, der das gleiche Thema mit ähnlicher Intention behandelt, vielleicht etwas zu vorsichtig, dafür aber mit einem klaren Gedankengang.

(Es handelt sich dabei um den Artikel „Die zwei Seiten eines Mordes“ von Friedhelm Merz, nachzulesen in PUBLIK Nr. 15, 10. April 1970.)

Anm. der Red.: Wir brauchen unseren Artikel nur folgendes hinzufügen: die BRD ist voll integriert in die imperialistische Globalstrategie der USA, und die Konkurrenz der Imperialisten untereinander ist nur eine Seite des

imperialistischen Systems: man teilt auf und herrscht.

Demzufolge müssen die unterdrückten Völker der Dritten Welt — von Vietnam bis Guatemala — im westdeutschen Imperialismus ebenso ihren Feind sehen wie im US-Imperialismus. Die Herren Boten — und seien sie noch so lieb und nett — sind Agenten des Imperialismus und daher Feinde des Volkes.

Ein Volk, das um seine Befreiung kämpft, muß seine Feinde schlagen. Es ist wirklich nicht so wichtig für das Volk von Guatemala, ob dieser Feind ein Landgraf aus Bayern oder ein Baron aus Paris ist. In der bürgerlichen Presse wird das Volk immer anonym gehalten, und an der Prominenz geht sich die Sentimentalität auf.

ASTA-Buchladen
Jeden Mittag (12—14 Uhr) marxistisch-leninistische Literatur kommunistische Erziehungsschriften, günstige Preise
ASTA-Buchladen

Kaufen Sie

Tabak · Zeitungen
Spirituosen
Lebensmittel
Brot + Backwaren
Trinkhalle Kotthoff
(Mensaparkplatz)
Im Ausschank:
Coca Cola, Sprite eiskalt

Schuhe

von
H. G. Ries
Ladenstraße Uni
Schnelle, preisgünstige
Schuhreparaturen

Studentische Literatur

KUNST & BÜCHER SCHEUNE
Lennershofstraße
hinter der ASTA-Baracke

Mützen- u. Briefmarkenfachhandel

RITTER
435 Recklinghausen, Martinstraße 11
gegenüber Hauptbahnhof
Telefon: 2 35 57
ANKAUF - VERKAUF - VERSAND

kommunistischer Kinderladen in Dortmund (Nähe Hbf.) sucht noch Junggenossen (4—5 Jahre). Telefon Dortmund 2 38 99

Die Militärjunta und die Konterrevolution

— Die israelische Aggression gegen die arabischen Länder 1967 (Juni-Krieg) war keine vereinzelte, zufällige und selbständige Aktion gewesen, sondern Bestandteil einer noch immer nicht geschlossenen Kette der imperialistischen Strategie.

Der amerikanische Imperialismus erlitt durch den heroischen Kampf des vietnamesischen Volkes schweren Schaden. Die Kriegsmaschinerie der USA und ihrer verbündeten Lakaien vermochten und vermögen nicht — heute noch — den mittlerweile auf Laos und Kambodscha ausgerichteten Krieg zu ihren Gunsten zu entscheiden oder zu beeinflussen. Die USA als stärkste Militärmacht der Welt schien vor dem entschlossenen Kampf eines kleinen Volkes zu verblasen. Diese Tatsache gab den unterentwickelt gehaltenen Völkern einen revolutionären Vorschub. Die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sahen im revolutionären Volkskrieg der Vietnamesen eine Alternative für ihre Befreiung. Die amerikanischen Militärstrategen sahen sich mit ihrer eigenen aufgestellten „Dominotheorie“ konfrontiert, d. h. daß bald in anderen Teilen der Welt der Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus aufgenommen wird und dies erfordert weiteres Engagement der Amerikaner, die sie auf die Dauer nicht verkraften können. Die amerikanischen Militärs und CIA-Strategen haben auf die weltpolitische Situation reagiert, ihre Pläne lassen sich in zwei Punkte zusammenfassen:

1. Die neuen Guerilla-Bewegungen schnell zu erledigen,
2. die bürgerlichen fortschrittlichen Regime zu stürzen und durch ihre Verbündeten zu ersetzen.

Die brutale schnelle Zerschlagung der Guerilla-Bewegung in Thailand und auf den Philippinen, die brutale Intervention der USA

in Guatemala und Santo Domingo, gehören in die Strategie des ersten Punktes.

Die blutigen Massaker in Indonesien an Hunderttausenden von Demonstranten und Kommunisten waren notwendig, um das Regime Sukarno zu stürzen und dafür die reaktionären Offiziere an die Macht zu bringen. In Ghana folgte der Sturz Nkruma durch den CIA und israelischer Offiziere und Entwicklungshelfer. Vor drei Jahren im April kamen die faschistischen griechischen Offiziere durch den CIA an die Macht. Die bürgerlich-fortschrittliche Demokratie Papandreu war der imperialistischen Strategie nicht dienlich, sie mußte durch ihre Lakaien ausgewechselt werden. Durch diesen Machtwechsel und die Zerschlagung der Widerstandsbewegung in einigen Ländern haben die Konterrevolutionäre an Macht und Stellung gewonnen.

Während der Juni-Aggression war die amerikanische 6. Flotte in griechischen Gewässern, sie stand für den Ernstfall bereit. Die Rolle Griechenlands im Lager der Konterrevolution ist heute klarer als vor drei Jahren. Die engen Beziehungen zwischen der Militärjunta und den israelischen Imperialisten sind sehr eng. Die israelische Öffentlichkeit versuchte vergebens dagegen die Absicht der israelischen Regierung, griechische Demonstranten, die vor dem Terror der Obristen geflüchtet waren, an Athen auszuliefern. Der Versuch scheiterte und die Weltöffentlichkeit erfährt nichts, weil diese enge Zusammenarbeit der israelischen Militärs und der griechischen Obristen sich im Dunkeln abspielt. In Tel Aviv werden fünf griechische Offiziere in der Partisanenbekämpfung ausgebildet. Sie sollen den Christen als Kern von Sondereinheiten beim möglichen Einsatz

im Innern des Landes, aber den USA auch für die Nato-Strategie im Mittelmeer dienen. Der US-Präsident Nixon verfügte vor kurzem die uneingeschränkte Wiederaufnahme der amerikanischen Waffenlieferungen an Griechenland. Ein Teil dieser Waffenlieferungen ist nicht für die Militärjunta bestimmt, sondern wird über Griechenland nach Israel geschafft. Die Nato-Staaten, auch die Bundesrepublik, dienen mehrfach als Kanäle, über die die USA ohne Aufsehen Waffen nach Israel liefert. Die Militärjunta fühlt sich ziemlich sicher in ihrer Machtstellung. Nach der moralischen Verurteilung des Athener Regimes im Europarat winkte der Außenminister der Militärjunta, Pipinelis, gelassen ab. „In der Nato“, sagte er, „gibt es keine politischen Vorurteile. Entscheidungen werden ausschließlich anhand von strategischen Notwendigkeiten getroffen.“

Zwei amerikanische Admirale der 6. US Mittelmeer-Flotte konferierten mit den Generalstabschefs der Militärjunta über die Frage, was Griechenland tun könne, um den von den USA in Libyen verlorenen wichtigen Luftwaffenstützpunkt Wherlus zu ersetzen. Die Obristen boten Chania auf der Mittelmeerinsel Kreta an. Die USA sicherten für dessen Ausbau einen 100-Millionen-Dollar-Scheck zu. Noch mehr aber sticht den US-Militärs die Insel Zypern im Auge. Zwar immer noch britischer Nato-Stützpunkt, ist sie unter Erzbischof Makarios nicht zu den „nationalen Flugzeugträger“ für die US-Strategie im Mittelmeer gegen die fortschrittlichen arabischen Länder zu machen.

Die konterrevolutionäre Rolle Griechenlands unter den Faschisten ist schon grobskizziert, aber von Fall zu Fall wird sie mehr an Bedeutung gewinnen.

Einladung zum kostenlosen Proberauchen!

Probieren Sie den zungenmilden Pfeifentabak! 6 Proben gratis. Diesen Gutschein senden an:
EXCLUSIV-TOBACCO
83 Landshut, Postfach 568 a

ORIGINAL-AMERIKANISCHER
PFEIFENTABAK-WIRD IN
DURCH ZOLLSPARIS NUR
RUM und MAPLE
2,50 DM
• Gratisproben - PLANTA - Berlin 61

Achtung Studenten!

Billiger Marken-Kraftstoff

ADLER-STATION

WERNER LEDWOCH
463 Bochum, Telefon 3 66 83, Wasserstraße 107

Benzin 50,9 — Super 57,9 — Diesel 51,9

Kleine Reparaturen — Reifen- und Batterie-Dienst —
Wagen waschen

E1 DISCOTHEK
BOCHUM EUROPAHAUS
RUF 67206

Der moderne Dancing Club
Mittwoch Hitparade
Jeden Monat Stargastspiele
Für Studenten Eintritt frei!

TOBACCO SHOP

Fritz Kister & Sohn

Große Auswahl in

● TABAK
● PFEIFEN

ZEITUNGEN + ZEITSCHRIFTEN
LOTTO + TOTO

Ladenstraße an der Uni

Über den Wahnsinn von Geld und Konsum!

8 Che Guevara:
Ökonomie und
neues Bewußtsein

DM 5.50

160 Seiten, im Abz. 1 DM weniger
Wagenbach, Bln 31, Jenaer Str. 6

Rotbücher

Im Namen von Kapital und Demokratie:

13/14 Horowitz:
Kalter Krieg.
US-Außenpolitik von
Jalta bis Vietnam.
In 2 Bänden

je DM 6.50

240/208 Seiten, Abz. je 5.50
Wagenbach, Bln 31, Jenaer Str. 6

Rotbücher

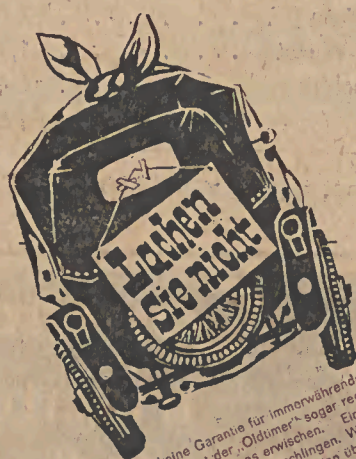
Gegen den neuen KP-Revisionismus:

15 Frank u.a.:
Kritik des
bürgerlichen
Anti-Imperialismus

DM 6.50

192 Seiten, im Abz. 1 DM weniger
Wagenbach, Bln 31, Jenaer Str. 6

Rotbücher



...auch Sie
könnten mal
krank
werden

Da es keine Garantie für immortelles Gesand-
heit gibt, hat der „Oldtimer“ sogar recht. Jeden
Menschen kann es erwischen. Eine Krankheit kann
das ganze Geld verschlingen. Wie beruhigend, wenn
die DVK die hohen Kosten übernimmt.
Und außerdem noch ein Krankenhaus-Tagegeld zahlt
Kranksein ist teuer — wir helfen!

DEUTSCHE KRANKEN-VERSICHERUNGS-A.G.

Hauptverwaltung Köln, 5000 Köln, Hohenaufweg 62, Telefon 2 04 01
Beratung: Deutsche Kranken-Versicherungs-A.G.
Filialdirektion Bochum, 4630 Bochum,
Kortumstr. 66, Telefon 8 05 46-48

B S Z

Herausgeber und Verleger: Vorstand der
Studentenschaft an der Ruhr-Universität
(C. Ebner, SHB; C. Holtgreve, HSU; G. Kasper,
SHB; M. Starostik, SHB)
Redaktion: Klaus Dillmann, Norbert Otte,
Jörg Reimann, Hamid Sadik Salman.
Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 66
(Ruhr-Universität)
Auflage: 8000 Exemplare

Anzeigenleitung: BSZ-Redaktion
Druck: Schürmann & Kloppe, 463 Bochum,
Hans-Böckler-Straße 12-16

Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete
Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion wieder.

Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum,
Lennershofstraße 66, Tel. 51 18 55 u. 399 2416.

Gratispromben: PLANTA - Berlin 61

Wellauer's English Blend
ist reich an feinen
Tabaksorten: arabisches
Tobacco, Virginia und
Cavendish. Eine
klassische englische
Mischung

ENGLISH BLEND
WELLAUER
3.50 DM
ST. GALLEN · Deutsche Lizenz ·

Der Augen Wille:

die
Heinen-Brille
Bochum, Kortumstraße 45
u. Ruhrpark-Einkaufszentrum